

Michael Schneider

## Nationalsozialismus und Modernisierung?

### *Probleme einer Neubewertung des »Dritten Reiches«*

Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991, 337 S., Ln., 64 DM.

Ausgehend von der These Ralf Dahrendorfs<sup>1</sup>, nach der die nationalsozialistische Herrschaft durch die Auflösung der traditionellen sozialen Strukturen einen Stoß in die Modernität, eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft wider Willen verursacht habe, und vorangetrieben von David Schoenbaums<sup>2</sup> Analyse der »braunen Revolution«, sind in den letzten Jahren Tendenzen einer Neubewertung von Ideologie und Funktion des Nationalsozialismus zu beobachten. Infolge solcher Bemühungen um eine »Historisierung« und/oder »Entmythologisierung« des »Dritten Reiches« werden speziell in der nationalsozialistischen Sozial-Ideologie und -Politik geradezu »revolutionäre« und »moderne« Elemente ausgemacht.<sup>3</sup>

Eingebunden in dieses Argumentations- und Interpretationsmuster ist der hier anzuzeigende Band, in dem Michael Prinz und Rainer Zitelmann eine Reihe von Beiträgen zum Problem »Nationalsozialismus und Modernisierung« zusammengefaßt haben. Die Palette der angesprochenen Themen ist zu bunt, als daß hier alle Beiträge im einzelnen gewürdigt werden könnten. Nicht zuletzt deshalb konzentrieren sich die folgenden Anmerkungen auf das Vorwort und die Aufsätze der beiden Herausgeber, die sowohl Programm als auch Bilanz der Modernisierungs-Interpretation bieten.

Welcher Modernisierungsbegriff liegt den Beiträgen zugrunde? Im Vorwort wird eingestanden, daß »der Band ein Spiegel der kontroversen Debatte selbst« sei; zwar gebe es »bei den Autoren Abweichungen im Verständnis von »modern«, die »Gemeinsamkeiten und Überschneidungen im begrifflichen Vorverständnis überwiegen aber die Unterschiede«. Als unbestrittene Indikatoren der Modernisierung könnten demgemäß gelten: »Säkularisierung, Abbau *traditioneller* Formen sozialer Ungleichheit, Verbesserung sozialer Aufstiegschancen, technischer Fortschritt, Institutionalisierung von Wissenschaft, Experten-herrschaft, wirtschaftliches Wachstum, Rationalisierung und Massenproduktion, rational-instrumentelle Einstellungen gegenüber Traditionsbeständen«. Sehr viel »ambivalenter«, d. h. »skeptischer«, »sehen dagegen die meisten Autoren das Verhältnis von sozialökonomischer und politischer Modernisierung, sprich: Demokratisierung« (S. IX f.). Es ist zu fragen, ob nicht mit diesem vorgeblich entpolitisierten Beurteilungsraster, dessen Indikatorenkatalog weitgehend auf eine Identifizierung von Modernisierung und wissenschaftlich-wirtschaftlich-technischer Effektivität hinausläuft, der Kern der nationalsozialistischen Herrschaft verfehlt wird.

1 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 431 ff.

2 David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen, München 1980 (1. Aufl., engl. 1966).

3 Siehe den Überblick über neuere Arbeiten: Michael Schneider, Nationalsozialistische Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des »Dritten Reiches«, in: AfS 31, 1991, S. 514–557, insb. S. 515 u. 541 ff.

Detaillierter entfaltet wird das »Programm« der Modernisierungs-Interpretation in dem Beitrag von Rainer Zitelmann, der »Die totalitäre Seite der Moderne« (S. 1–20) beleuchtet. Woher kommt – so fragt er – das Unbehagen vieler Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler, den Nationalsozialismus als moderne Erscheinung zu werten? Von den von Zitelmann genannten Ursachen für dieses Unbehagen interessieren hier wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung insbesondere die beiden folgenden: »1. Die normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs; 2. die Annahme, Demokratisierung sei ein konstitutives Moment des Modernisierungsprozesses.« (S. 1)

So richtig es ist, daß »sich mit den Mitteln und Methoden der Geschichtswissenschaft nicht entscheiden« läßt, ob »Modernisierung« etwas Wünschenswertes oder Verwerfliches sei (S. 3), so deutlich muß demgegenüber auf die Unausweichlichkeit einer wertgeleiteten Beurteilung historischer Vorgänge hingewiesen werden. Das heißt freilich nicht, daß Begriffen wie dem der Modernisierung allein positive oder negative Wertgehalte zuzuschreiben sind. Gerade der vielfach mit positiven Assoziationen aufgeladene Begriff der Modernisierung fordert dazu heraus, das Doppelgesicht gesellschaftlicher Modernisierung und damit eben auch die von Zitelmann angesprochene »totalitäre Seite der Moderne« herauszuarbeiten. Nur »wertfrei« wird man den Begriff der Modernisierung nicht verwenden können, so daß es als Illusion erscheint, ihn – wie von Zitelmann postuliert – »so weit wie möglich von diesen normativen Elementen befreien« zu wollen (S. 4); vielmehr wird hier dafür plädiert, eben den normativen Gehalt nur *scheinbar* wertfreier Begriffe offenzulegen und diese nur dann zu verwenden, wenn die ex- und implizierten Wertungen gewollt sind.

Zu Recht geht Zitelmann von der engen Verbindung zwischen der Einsicht in die normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs und der Ansicht, Demokratisierung sei ein konstitutives Element der Modernisierung, aus (S. 4). Wenn dieser definitorische Zusammenhang mit den Thesen vom »Ende der Geschichte« mit all ihren teleologischen und demgemäß unhistorischen Festlegungen und Heilserwartungen identifiziert wird (S. 7 f.), so wird damit die Position möglicher Kritiker der Anwendung des Modernisierungsparadigmas auf das »Dritte Reich« bis zur Unkenntlichkeit vergrößert, um diese dann um so leichter diskreditieren zu können. Der Rückzug auf die Position des »empirisch forschenden und argumentierenden Historikers« (S. 8) sucht Immunität in der Pose scheinbarer Entpolitisierung und zugleich vorgeblicher Wertfreiheit. So bewahrt die (zutreffende) Erkenntnis, daß die Prozesse von Demokratisierung und Modernisierung nicht abgeschlossen sind, daß auch nicht auszumachen ist, was späteren Generationen als Ausnahme und was als Regel erscheinen wird, nicht davor, den normativen Gehalt von Begriffen hier und jetzt ernstzunehmen. Das gilt im übrigen auch dann, wenn man ausdrücklich meint, einer Geschichtsschreibung das Wort reden zu müssen, »in der politisch-moralische Intentionen zumindest eine geringere Rolle spielen und volkspädagogische Motive durch eine distanziertere Sichtweise verdrängt werden« (S. 20).

Die Problematik der Darstellung des Nationalsozialismus ist demgemäß – will man dieser Betrachtung folgen – nicht eine Frage der anzustrebenden *Korrektheit* des entworfenen Bildes, sondern eine der *Intention* des Autors oder der Autorin. Der Vorwurf an die überkommene Geschichtsschreibung wird nicht unter Hinweis auf konkret zu belegende Defizite, Fehler und auch Fehleinschätzungen untermauert, sondern ist insofern politisch motiviert, als es darum geht, durch »Historisierung« und »Entmythologisierung« des Nationalsozialismus aus dem Schatten dieser Vergangenheit zu treten.

Deutlicher als bei Rainer Zitelmann wird dies im Beitrag von Hans Dieter Schäfer, der sich gegen die »Neigung« wehrt, »eine Entmythologisierung des Dritten Reiches moralisch zu verunglimpfen« (S. 199). Als Beispiel dafür gilt ihm nicht nur die kritische Reaktion auf eigene Arbeiten, sondern auch auf die »Rede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Jenninger zum 40. Jahrestag des November-Pogroms, die bei aller Vereinfachung richtig we-

sentliche Ergebnisse der Forschung referierte, aber dadurch in Konflikt mit dem herrschenden Verurteilungs- und Schuldübernahme-Zeremoniell geriet« (S. 200). Gerade der Hinweis auf diese politische Rede und die dadurch ausgelöste Kontroverse macht deutlich, daß es nicht um die volkspädagogische Ausrichtung an sich geht, sondern um deren Inhalt.

Wie gesagt, hier können nicht alle Beiträge besprochen werden. Nur so viel sei angemerkt: Offensichtlich ist der Band nicht nach einem systematischen Katalog von (möglichen) Modernisierungs-Indikatoren zusammengestellt worden. Einiges des Band scheint eher – wie von Zitelmann im Vorwort angedeutet – die grundsätzlich ähnliche Argumentations- und Interpretationsrichtung der Autoren zu sein. So stehen Beiträge über die NSDAP als moderne Volkspartei (Jürgen W. Falter), die nationalsozialistische Wirtschaftsideologie (Albrecht Ritschl) und die Sozialplanung der DAF (Ronald Smelser) neben Untersuchungen zu Raumforschung und Raumordnung (Rolf Messerschmidt) und Architektur und Stadtplanung (Werner Durth). Außerdem werden Analysen des Amerikanismus (Hans Dieter Schäfer), der Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit (Willi Oberkrome), der Reformpsychiatrie (Hans-Walter Schmuhl) und der Veränderungen in der Militärstruktur (Bernhard R. Kroener) geboten. Widerstände gegen die Modernisierung geraten in den Blick am Beispiel der Folgen agrarischer Umstrukturierungen für die Dorfgemeinschaft in Württemberg 1939–1945 (Jill Stephenson) und der Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern 1935–1938 (Franz Sonnenberger).

Nur auf ein Problem sei hingewiesen: Angesichts der Freiheit der Autoren, ihren Modernisierungsbegriff nach den eigenen Bedürfnissen zu bestimmen, ist die Gefahr relativ groß, zu Modernisierungszirkelschlüssen zu kommen, zumal nicht die breite Palette möglicher Indikatoren diskutiert wird. Dieses Verfahren mag sich im Hinblick auf einen relativ überschaubaren Problemkreis wie Struktur und Politik der NSDAP noch bewähren. Da die Ansätze zu weitgehend gleichmäßiger regionaler und schichtenspezifischer Rekrutierung von Mitgliedern und Wählern sowie zu effektiven Techniken der Stimmenmaximierung über alle Lager- und Klassengrenzen hinweg als hinreichende Anzeichen von Modernität gelten können, kann man die NSDAP mit guten Gründen schon für die Zeit vor 1933 als »moderne« Partei ansprechen (Falter, insb. S. 45 f.). Schwieriger zu treffen ist ein solches Urteil im Hinblick auf komplexere Phänomene, z. B. die Wirtschaftspolitik. Ein zentraler Indikator – das Konzept wirtschaftlicher Wachstumspolitik – reicht gewiß nicht aus, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik als »modern« zu klassifizieren, wenn dieses Kriterium doch einerseits die Wirtschaftspolitik seit dem 19. Jahrhundert kennzeichnet, andererseits andere Indikatoren – Vollbeschäftigungspolitik, Geldwertstabilität, Zahlungsbilanzausgleich usw. – außer acht gelassen werden. Immerhin aber taugt dieser Indikator dazu, die Widersprüche der wirtschaftspolitischen Modernisierung herauszuarbeiten, basierte das Wachstumsmodell des Nationalsozialismus doch auf Konzepten der Produktivitätssteigerung und zugleich auf der Ideologie des extensiven Wachstums durch Zugewinn von Land und Ressourcen (Ritschl, S. 70).

Daß die Beurteilung der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik auch unter modernisierungstheoretischem Aspekt durchaus kompliziert ist, macht insbesondere der Beitrag von Smelser über die Sozialplanung der DAF deutlich. Sein Beurteilungsraster ist offen genug, die funktionalen Zusammenhänge von widersprüchlichen Maßnahmen der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik in den Blick zu nehmen. Smelser zeigt, daß die von ihm herausgearbeiteten gesellschaftspolitischen Maßnahmen – gemessen an der Entwicklung des demokratisch-pluralistischen Westens – Teile eines Modernisierungsprozesses in einem imperialistischen und rassistischen System waren (S. 86). Doch er bleibt nicht dabei stehen, die Widersprüchlichkeit von moderner Sozialplanung und rückständiger Gesamtpolitik zu konstatieren, sondern er sieht deren funktionalen Zusammenhang, etwa die Eroberung des »Lebensraumes« im Osten als Voraussetzung für die Finanzierung der Sozialpläne für »deutsche Volksgenossen« (S. 89).

Wie in einem Brennspiegel werden die Probleme der Modernisierungs-Interpretation deutlich in dem bilanzierenden Aufsatz von Michael Prinz über »Die soziale Funktion moderner Elemente in der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus« (S. 297–327). Mit der Pose des einsamen Kämpfers gegen eine »Phalanx der Kritiker« (S. 300) untersucht Prinz Substanz und Kohärenz der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, das Problem der Modernität der Politik, den Grad der Intentionalität und schließlich die Langzeitwirkungen.

Der Reihe nach nimmt er sich einzelne Teilbereiche der Gesellschaftspolitik vor:

- Könne auch über »den aus der Arbeiterperspektive reaktionären Charakter des AOG [. . .] kein Zweifel herrschen« und erscheine auch das Vokabular als »mittelalterlich«, »die dahinterstehende Praxis war auf der Höhe der Zeit«. Dies kann nur dann gesagt werden, wenn die an der Entwicklung in den USA gemessene »Höhe der Zeit« allein unter Hinweis auf funktionale Aspekte der Effizienzsteigerung und Pflege der *Human Relations*, wenn also inhaltliche Aspekte von der Autonomie der Arbeitnehmer-Interessenvertretung bis hin zu den entsprechenden Partizipationsrechten außer acht gelassen werden (S. 300 f.).
- Problematisch ist es zudem, wenn überkommene Urteile über die nationalsozialistische Frauenpolitik mit dem Argument relativiert werden sollen, sie beruhten doch »häufig auf einem verkürzten Arbeitsbegriff, der Hausarbeit und familiäre Reproduktionsleistungen ausklammert« (S. 303). Sollen mit einem »neuen«, Haus- und Erwerbsarbeit umfassenden Arbeitsbegriff die Verdrängung von Frauen aus akademischen Berufen (angesprochen S. 309 f.) und die sozialen Folgen der Ehe- und Mutterpropaganda in dem Sinne neu bewertet werden, daß der nationalsozialistischen Frauenpolitik attestiert wird, sie habe die Frauen doch weiterhin »arbeiten« lassen?
- Aufräumen will Prinz mit der Annahme, die Sozialpolitik der 1930er und 1940er Jahre »habe im wesentlichen aus Propaganda bestanden [. . .]. Obwohl durch rassistische Bestimmungen deformiert, überstand doch die materielle Substanz des Weimarer Sozialstaates – selbstverständlich nicht seine demokratische Struktur – die Jahre nach 1933 im wesentlichen unbeschadet.« (S. 303) Wenn man die nichtrassistische Orientierung sowie die demokratische Struktur indessen als wesentliche Elemente des *Sozialstaates*, das Ausmaß materieller Leistungen hingegen als Kennzeichen des *Wohlfahrtsstaates* betrachtet, wird man erkennen, daß 1933 eben der Kern des Sozialstaates zerstört (und nicht nur deformiert) wurde.
- Eben angesichts der vielfach anzutreffenden Ausblendung politisch-inhaltlicher Faktoren kann es nicht verwundern, daß Prinz schließlich dazu kommt, den Einfluß der DAF sehr hoch zu veranschlagen. Wehrt er sich zunächst dagegen, »die DAF als eine Art Gewerkschaft wider Willen zu interpretieren« (S. 302), so betont er wenig später, daß der Einfluß der DAF, obwohl sie »formal gesehen [. . .] in den Betrieben kaum verbriefte Rechte« hatte, »jedoch weit über das hinaus[ging], was deutsche Gewerkschaften bis dahin der Wirtschaft abgetrotzt hatten« (S. 307). Wohl nur, wenn man den strukturellen Zusammenhang von Effektivitätssteigerung, Rationalisierung, Profitmöglichkeiten im Rahmen der Aufrüstung und betrieblicher Sozialpolitik ausblendet, mag man zu derart verkürzten Urteilen kommen.
- Deutlich wird die Tendenz zur Verabsolutierung von Einzelbereichen und demgemäß zu verkürzten Urteilen auch bei der Frage der antizyklischen Konjunkturpolitik. Prinz hat ohne Zweifel mit der Feststellung recht, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik in Deutschland unter Berücksichtigung des weltweiten Übergangs zum Keynesianismus nicht als Sonderentwicklung gelten kann (S. 312). Gewiß hatte diese Politik – man denke nur an die Pläne der Freien Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung (1931/32) – ihre

Wurzeln nicht »einzig und allein im politischen Willen zu Aufrüstung und Kriegführung« (S. 312). Aber um zu erklären, warum der »deutsche Weg, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anging, zweifellos eine der erfolgreichsten Varianten« war (S. 313), bedarf es gerade der Erkenntnis des 1933 hergestellten systematischen Zusammenhangs von Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungspolitik. Angesichts der Belobigung der erfolgreichen Arbeitsbeschaffungspolitik 1933 ff. ist man versucht zu vermuten, auch die nächste Feststellung solle der Hervorhebung von »Verdiensten« des Nationalsozialismus dienen: »Daß sich während des Zweiten Weltkrieges und danach Vollbeschäftigung als sozialpolitisches Programm international durchsetzte, hatte gleichfalls viel mit den Erfahrungen des Nationalsozialismus zu tun. Stimmt doch alle kriegführenden Länder darin überein, daß die Massenarbeitslosigkeit zu den Grundlagen der NS-Diktatur gehört hatte.« (S. 313)

Durchgängig ist in Prinz' Beitrag eine Geringachtung rassistischer und antidemokratischer Elemente in der nationalsozialistischen Politik zu beobachten, werden diese doch durch den Argumentationsgestus vielfach implizit zur Nebensache. Ein Beispiel wurde bereits genannt: die »Deformierung« des Sozialstaats durch rassistische Bestimmungen. Und weiter: »Was von den Technokraten des Arbeitswissenschaftlichen Institutes der Deutschen Arbeitsfront« seit 1940 an Programmen »vorgelegt wurde, mochte disziplinierende und atavistisch anmutende rassistische Elemente enthalten. Seine Realisierung setzte in jedem Fall ein noch um vieles gesteigertes Industrialisierungs- und Rationalisierungstempo voraus.« (S. 319) Hier zeigen sich die Auswirkungen einer vorrangig technizistisch-effektivitätsorientierten Sichtweise, derzufolge undemokratische und rassistische Politikelemente fast zu »Schönheitsfehlern« des Modernisierungsprozesses werden.

Nur auf dieser Basis sind Sätze nachvollziehbar wie: »Der Nationalsozialismus stand auf dem Boden der Moderne, und es gibt keine überzeugenden Gründe für die Annahme, daß er ihn verlassen wollte.« Die Problematik des Begriffs der »Moderne« wird vollends deutlich, wenn Prinz diesen mit dem Begriff der »Amerikanisierung« der deutschen Gesellschaft identifiziert. In beiden Fällen wird – aus meiner Sicht unzulässigerweise – auf formale Kriterien wie wirtschaftliche Entwicklung und moderne Technik abgehoben, die fundamentalen politischen Unterschiede aber werden ausgeblendet.

Dementsprechend unvermittelt, wenn nicht aufgesetzt, wirkt der Schlußsatz: »Eine Grenze jeder Historisierung des Nationalsozialismus unter modernisierungstheoretischem Aspekt liegt freilich für alle Zukunft fest: Wie kritisch man auch immer das Erbe des »deutschen Sonderwegs« sehen mag: der Nutzen, der in der Schwächung mancher Tradition lag, steht in keiner irgendwie begründbaren Relation zu den Kosten, die diesen Prozeß zwischen 1933 und 1945 begleiteten.« (S. 327) Die Geschichte des Nationalsozialismus läßt sich wohl kaum auf eine derartig formelhafte Kosten-Nutzen-Analyse reduzieren. Das gilt um so mehr, als die »Kosten« in der eigentlichen Aufstellung der Modernisierungsbilanz von Prinz und Zitelmann vielfach nur angedeutet werden.